Die Macht der Worte

Ideologien und Sprache im 19. Jahrhundert

Bearbeitet von
Horst Dieter Schlosser

1. Auflage 2016. Buch. 308 S. Hardcover
ISBN 978 3 412 50557 8
Format (B x L): 15,5 x 23 cm
Gewicht: 647 g

Weitere Fachgebiete > Literatur, Sprache > Angewandte Sprachwissenschaft > Historische & Vergleichende Sprachwissenschaft, Sprachtypologie

Zu Inhaltsverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

böhlau

DIE MACHT DER WORTE

Horst Dieter Schlosser

Ideologien und Sprache im 19. Jahrhundert

Horst Dieter Schlosser

DIE MACHT DER WORTE

Ideologien und Sprache im 19. Jahrhundert

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN · 2016

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über http://portal.dnb.de abrufbar.

Umschlagabbildung:
Revolution 1848/49: Straßenkämpfe in Berlin am 18./19. März 1848.
(Barrikade in der Breiten Straße). Kreidelithographie, koloriert, zeitgenössisch.
Künstler anonym. © akg-images.

© 2016 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektorat: Sara Zarzutzki, Düsseldorf
Umschlaggestaltung: Guido Klütsch, Köln
Satz und Datenkonvertierung: Reemers Publishing Services, Krefeld
Druck und Bindung: Finidr, Cesky Tesin
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-412-50557-8 | eISBN 978-3-412-50679-7

Für Charlotta

INHALT

EINLEITUNG Die Macht sprachlicher Symbole 9

TEIL 1 Deutsche Leitbilder des 19. Jahrhunderts 17

1 Das 19. Jahrhundert zwischen zwei großen Revolutionen 19
2 Der Freiheitsbegriff als politisches Fahnenwort 22
3 Die nationalistische Verengung des Freiheitsbegriffs 29
4 Die Leitbildtrias deutscher Einheit 32
5 Brückenbegriffe oder Kennzeichnung nationaler Identität 37
6 Konkurrierende Leitbilder für den künftigen Staat 43

TEIL 2 Leitbildentwicklung im Rahmen der politischen Geschichte 47

1 Der Deutsche Bund 47
2 Antimodernistische Leitbilder: Mittelaltersehnsucht – Germanenmythos – Judenfeindschaft 71
3 Positionen der Freiheits- und Nationalbewegung im Vormärz 98
4 Deutsche Revolutionen 1848/49 im Kampf um die Leitbilder 139
5 1848 Freiheits- und Nationalbewegung kurz vor dem Ziel 152
6 Preußens Griff nach der Reichsmacht 1849–66 174
7 Die Arbeiterbewegung zwischen „Klassenkampf" und „Vaterland" 180
8 Frauenbewegung und die Leitbildvariante der Gleichberechtigung 219
9 Spaltungen des politischen Liberalismus ab 1861 229
10 Der Norddeutsche Bund 1866–70 235
11 Deutsches Reich 1871–1918: Endgültige Etablierung kleindeutscher Einheit 242
12 Reichseinheit und „Reichsfeinde" 251
13 Die imperialistische Wende 257

14 Die Korrumpierung der Leitbilder im Ersten Weltkrieg 268
15 Eskalation der radikalisierten Leitbilder und die Krise „deutscher" Identität nach 1945 275

ZUSAMMENFASSUNG Entwicklungslinien der Leitbildgeschichte 283

Quellen- und Literaturverzeichnis 291
Personenregister 297
Sachregister 303

TEIL 1 Deutsche Leitbilder des 19. Jahrhunderts

Die soziale und politische Entwicklung im Deutschland des 19. Jahrhunderts wurde entscheidend von Leitbildern bestimmt, die – sei es in enger Verbindung, sei es in Wechselwirkung oder in Konfrontation – in sprachlichen Symbolen als Schlüsselwörtern fassbar sind. Durchgängig galten die Zielbegriffe von politischer „Freiheit" und nationaler „Einheit"; man könnte sie die „Urleitbilder" des Jahrhunderts nennen. Anfangs wurden sie meist gemeinsam angestrebt, im Laufe des Jahrhunderts aber erhielten sie unterschiedliche Gewichtungen. Gleichsam Prämisse der anfänglich engen Verbindung war die Überzeugung, dass die Deutschen „ein Volk" und „eine Nation" seien und ein gemeinsames „Vaterland" hätten. Beachtet man aber, dass es sich in zeitgenössischen Äußerungen zum Thema „Einheit" oft nur um Beschwörungen eines angestrebten Ziels handelte, erweisen sich auch diese Begriffe als sprachliche Vorgriffe auf noch zu erreichende Zustände. Damit bekamen sie für die politische Praxis als Konkretionen des Einheitsziels einen je eigenen Leitbildcharakter, wobei sich ihre Beziehungen untereinander verändern konnten, wenn eine der Komponenten dieser Trias besonders dominant wurde.

Mit der (scheinbaren) Erfüllung des Einheitsziels in der preußisch dominierten kleindeutschen Staatskonstruktion „Deutsches Reich" 1871 schien die zukunftsweisende Kraft dieses Urleitbilds und seiner Schlüsselwörter an ihr Ende gekommen zu sein. Doch zeigte sich schon vorher, dass sich dieses Leitbild durch die Integration neuer Perspektiven wie denen der Rassenideologie und imperialistischer Ambitionen sehr wohl reaktivieren ließ, natürlich von seinen idealistischen Anfängen weit entfernt und mehr oder weniger nur noch als Propagandainstrument missbraucht, weswegen es selbst Bestandteil einer neuen Ideologie wurde.

Was im Einzelnen systematisch und/oder durch Nachzeichnung historischer Vorgänge noch genauer dargestellt werden soll, sei an dieser Stelle schon angedeutet. Das Urleitbild „Freiheit" bot ob seiner grundsätzlich offenen Semantik sehr verschiedene Deutungsmöglichkeiten, die von unterschiedlichen politischen Kräften jeweils für sich beansprucht wurden. Das Streben nach nationaler Einheit geriet von der Jahrhundertmitte an mehr und mehr unter ein eigentlich partikulares, nämlich preußisches Machtziel, begünstigt durch den Ausschluss Österreichs aus einem gesamtnationalen Verbund. Entsprechend verengten sich

die Vorstellungen von dem, was „deutsches Volk", „deutsche Nation" und „deutsches Vaterland" sein sollten, und dies umso mehr, als die Rassenideologie auf deren Verständnis intensivsten Einfluss nahm. Damit einher ging aber auch eine Übersteigerung dieser Schlüsselwörter hin zu extremem Nationalismus und Imperialismus. Was 1848/49 nur gemäßigt „imperial" als „Deutsches Reich" bezeichnet worden war, wurde zum Inbegriff deutschen Weltmachtstrebens.

Gleichsam als Kontrapunkt dieser Entwicklungen sind die Selbstbehauptungsstrategien der konservativen Kräfte zu sehen, die mit dem Zielbegriff der „Restauration" ein eigenes Leitbild verfolgten und sich bis 1918 auf den Mythos des „Gottesgnadentums" von Monarchen stützten. Dieses letztlich rückwärtsgewandte Leitbild stand in negativer Korrelation zum Leitbild „Freiheit" der Opposition, scheint aber immer dann besonderen Auftrieb erhalten zu haben, wenn die realen Grundlagen monarchischer Macht gefährdet erschienen. Freilich orientierte sich auch die liberale Bewegung bei allem Fortschrittsoptimismus an rückwärtsgewandten Mythen, nicht zuletzt bei der Konstruktion einer aus germanischer, gar vorgeschichtlicher Zeit stammenden Werteordnung.

Das Gesamtgefüge der genannten Leitbilder wurde, ebenfalls seit der Jahrhundertmitte, durch das Aufbegehren der bis dahin von der offiziellen Politik kaum oder gar nicht beachteten Unterschichten, die immerhin den allergrößten Teil der Gesellschaft ausmachten, in mehrfacher Hinsicht neu strukturiert. Die Arbeiterbewegung, die sich dieser Mehrheit und ihrer Probleme annahm, verweigerte sich dem Anspruch der schon etablierten sprachlichen Symbole, interpretierte sie neu oder ersetzte sie gar durch eigene Leitbilder, die freilich längst eine außerdeutsche Tradition hatten. Hier lebte noch einmal uneingeschränkt die Trias der Zielbegriffe der Französischen Revolution „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit" auf.

Die ebenfalls in Frankreich aufgekommene Idee des „Sozialismus" erschien dabei großen Teilen der Arbeiterbewegung als Verheißung eines gesellschaftlichen und politischen Idealzustands, in dem die Leitbilder von „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit" gleichsam ihre Vollendung fänden. Allerdings wurden schon im 19. Jahrhundert unter der Fahne des Sozialismus teilweise sehr verschiedenen Wege beschritten – von den Frühsozialisten über die Kommunisten bis zu reformbereiten Sozialdemokraten. Insofern fällt es schwer, eine allgemeingültige Ideologie des Sozialismus zu definieren. Am ehesten erscheint der Sozialismus von seinen Gegnern als eine einheitliche Bewegung wahrgenommen worden zu sein: als Gefahr für die bürgerliche Ordnung und den Staat.

Tatsächlich ging vom „Kommunistischen Manifest" als dem radikalsten Beitrag zur Theorie des Sozialismus eine objektive Bedrohung aus, da dieses Programm nicht nur allgemein politische und soziale Veränderungen anstrebte, die

von der liberalen Mehrheit der Opposition erfolgreich verdrängt worden waren. Vielmehr waren in diesem Manifest alle Argumente zusammengefasst, die eine Herrschaft des Volkes als nur durch einen radikalen Bruch mit der alten Ordnung in Staat und Gesellschaft erreichbar erscheinen ließen.

1 Das 19. Jahrhundert zwischen zwei großen Revolutionen

„Revolution" als Programmbegriff

Das radikalste Mittel, die Vision von „Freiheit", also ein Urleitbild in die Praxis umzusetzen, war und bleibt zweifellos eine Revolution, die sich nach 1789 beim politisch aktivsten Teil der Deutschen als eigenes Leitbild gegen das jahrhundertelang geltende „Gottesgnadentum" der Fürsten etablieren konnte. Zwar sollte eine Revolution nur ein Durchgangsstadium auf dem Weg in eine neue Ordnung sein, was sogar für den Anarchismus galt, der – ob nach gewaltloser oder gewaltsamer Überwindung tradierter Normen und Institutionen – eine bessere Gesellschaft etablieren wollte. Aber weil die Aussichten auf eine erfolgreiche Revolution in Deutschland nach 1849 in sehr weite Ferne rückten, konnte das sprachliche Symbol „Revolution" schon für sich zum Programmbegriff werden.

Die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts wird gleichsam umrahmt von zwei großen Revolutionen: von der Französischen Revolution 1789/92 und der russischen Oktoberrevolution 1917. Beide Vorgänge sind auf je eigene Weise Eckpunkte spezifischer historischer Entwicklungen des 19. Jahrhunderts. Die Französische Revolution eröffnete mit ihrem Umbruch von einer monarchischen zu einer republikanischen Staatverfassung eine in vielen Ländern, nicht zuletzt auch in Deutschland wirksam werdende generelle Neubesinnung auf eine gerechtere Machtverteilung in Staat und Gesellschaft. Die russische Oktoberrevolution war der vorläufige Schlusspunkt eines seit der Jahrhundertmitte geführten Kampfes um politische Partizipation der bis dahin von der offiziellen Politik ausgeschlossenen Volksschichten. Die leitenden marxistischen Ideen, deren Fundament die utopische, also nur sprachlich begründete Vorstellung von einer homogenen „Arbeiterklasse" war, entwickelten sich nach dem Umsturz in Russland ihrerseits zu einem auch weltpolitisch machtvollen Faktor.

Beide Umwälzungen erfüllen also in besonderer Weise Kriterien, mit denen Wende (2000)[5] den Begriff „Revolution" von sachlich oder regional begrenzten

5 Wende, Peter (2000): Große Revolutionen in der Geschichte. München: 10–14.

Aufständen und Revolten sowie von Bürgerkriegen unterscheiden möchte. Seine wichtigsten Kriterien können für die Definition der französischen und russischen Vorgänge als Revolution in jedem Fall gelten: Es handelte sich jeweils um einen radikalen, mit Gewalt verbundenen Wechsel der politischen und sozialen Verhältnisse, und es ging jeweils um eine universelle Perspektive der Motive, die auf eine bessere Zukunft zielten, mit entsprechenden Wirkungen, die über den Ereignisort weit hinaus reichten.

Als politischer Schlüsselbegriff wurde „revolution" allerdings bereits im 17. Jahrhundert in England verwendet, ohne dass dort die genannten Kriterien in vollem Umfang erfüllt worden wären. Auch die zeitgenössischen Benennungen der französischen Vorgänge ab 1789 und ihrer Vorläufer in Nordamerika 1775–83 nahmen den Begriff bereits in Anspruch, bevor man sich der vollen Bedeutung des „revolutionären" Handelns bewusst sein konnte.

Auch die Loslösung der nordamerikanischen Kolonien von Großbritannien im Unabhängigkeitskrieg von 1775–83 mit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 wird mit Recht als Revolution, als „Amerikanische Revolution", verstanden, obwohl es sich nicht nur um einen einmaligen, zeitlich eng begrenzten Umsturz handelte, sondern um einen mehrjährigen Bürgerkrieg. Auf den Zusammenhang mit der Französischen Revolution und ihren ideellen Anspruch, der die regionalen Ereignisse in Nordamerika weit überstieg, ist noch einzugehen.

Selbst die Französische Revolution lässt sich nicht auf ein einmaliges Ereignis, etwa die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789, die ohnehin eher symbolischen Charakter hatte, fixieren. Denn erst über drei Jahre später, im September 1792, wird das Königtum abgeschafft und der König, Ludwig XVI., wird erst 1793, vier Monate später, hingerichtet. Außerdem musste sich die Französische Revolution auch noch in einem Bürgerkrieg bis 1796 des katholisch-royalistischen Widerstands in der Vendée erwehren.

Ebenso ist die russische Oktoberrevolution nur ein, wenn auch das wichtigste Glied einer Kette von umwälzenden Vorgängen, nicht zuletzt der vorangehenden „Februarrevolution" 1917, die zur Abdankung des Zaren Nikolaus II. führte. Und auch hier folgte noch ein jahrelanger Bürgerkrieg zwischen den Bolschewiki, den „Roten", und den Revolutionsgegnern, den „Weißen", der erst 1922 die endgültige Etablierung der Sowjetunion möglich machte.

Auch die Erhebung der Franzosen im Juli 1830 gegen den Bourbonenkönig Karl X. gilt – obwohl zunächst ein innerfranzösischer Vorgang – völlig zu Recht als Revolution, als „Julirevolution", zumal sie weit über Frankreich hinaus erhebliche Wirkungen zeitigte. Dasselbe gilt für die französische „Februarrevolution" von 1848. Sie führte in zahlreichen europäischen Ländern zu Erhebungen, nicht

zuletzt zur deutschen „Märzrevolution". In dieser deutschen Revolution, eigentlich eine Kette verschiedener Erhebungen, wurde versucht, die Vielstaaterei zu überwinden und die staatliche Ordnung eines geeinten Deutschlands auf ein frei gewähltes Parlament zu gründen. Und schließlich waren auch der Sturz der deutschen Monarchen und die Begründung einer Republik 1918 eine Revolution, die „Novemberrevolution", deren ursprüngliche Zielsetzung eine deutsche „Räterepublik" war. Dass dieses Ziel dem einer parlamentarisch repräsentativen Republik unterlag, spricht nicht gegen den Begriff „Revolution". Die meisten Revolutionen werden durch ihre faktischen Ergebnisse vom ursprünglich angestrebten Weg abgelenkt. Für die deutsche Geschichte war die Novemberrevolution 1918 aber in jedem Fall eine Epochenwende.

Für unseren Zusammenhang ist indes wichtig, dass es sich beim Begriff „Revolution" keineswegs nur um einen nachträglichen Kennzeichnungsversuch handelt, sondern primär um ein sprachliches Symbol, mit dem sich die Akteure bereits zeitgenössisch identifizierten und daraus für ihr weiteres Handeln entsprechende Konsequenzen zogen. Das Wort ging mithin als bewusstseinsprägender Begriff in Deutschland wie in anderen Ländern jeweils den revolutionären Taten voraus. Das kann und soll natürlich nicht bedeuten, dass mit einem sprachlichen Symbol allein, ohne Bodenhaftung in der realen Welt, etwas bewegt werden könne. Aber gerade ein Terminus wie „Revolution" enthält unabdingbar Zukunftsperspektiven, ohne die politisches Handeln zum puren Aktionismus würde. In diesem Sinne sind nicht nur die beiden großen Revolutionen in Frankreich und Russland, sondern auch die „kleineren" Umstürze dazwischen wichtige Orientierungspunkte für politische Zukunftsentwürfe, aber auch für die konservativen Versuche, ihnen entgegenzutreten.

Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts jedenfalls ist seit 1789 von politisch- und sozial-revolutionären Ambitionen zumindest in Teilen der politisch aktiven Gesellschaft geprägt, die jedoch lange Zeit an der Überzeugung einer Mehrheit scheiterten, der politische und gesellschaftliche Fortschritt könne gleichsam evolutionär, durch „Reformen" erzielt werden. Das gilt sogar für nicht unwichtige Teile der Arbeiterbewegung, der Marx und Engels in ihrem „Kommunistischen Manifest" von 1848 eigentlich sogar eine Weltrevolution nahelegen wollten.

Die Französische Revolution und die russische Oktoberrevolution waren in ihren über ihre Ursprungsorte weit hinausreichenden Wirkungen gleichsam Geburtshelfer für verschiedene politische Haltungen, die sich zu Ideologien verdichteten, wobei die Funktion der Sprache sowohl als Medium der Rezeption wie auch als Instrument künftigen politischen Handelns eine besondere Rolle

spielte. Denn nicht nur ein durch Revolution schon erreichter neuer politischer und sozialer Zustand war gleichsam sekundär zu versprachlichen; vielmehr wurde durch Sprache eine erst noch zu schaffende, oft utopische Zukunft entworfen. Darin kam der Sprache vor jedem Handeln eindeutig eine Vorrangstellung zu.

So wie die Französische Revolution in ihren Begründungen und Zielvorstellungen nicht vom Himmel gefallen ist, sondern einen längeren geistesgeschichtlichen, insbesondere gesellschaftstheoretischen und damit essentiell sprachlichen Vorlauf hatte, so ging auch der russischen Oktoberrevolution von 1917 eine längere theoretische Entwicklung vorauf, die nicht zuletzt auch von deutschen Theoretikern gefördert wurde. Aber es muss schon jetzt gesagt werden, dass sich bei der praktischen Umsetzung von Zielbegriffen durch unterschiedliche, auch wechselnde politische Gegebenheiten wie teilweise auch durch individuelle Positionen semantische, damit auch ideologische Differenzierungen und sogar Uminterpretationen ergaben. Man denke nur an die Gegensätze von Minderheits- und Mehrheitssozialisten in Russland, von Menschewiki und Bolschewiki. Und auch in Deutschland ging durch die Reihen der Befürworter der Französischen Revolution einerseits wie der dem Sozialismus zuneigenden Arbeiterbewegung andererseits ein bis heute spürbarer Riss zwischen Revolutionären und Reformern.[6] Wie bei anderen Leitbildern behielt der Zentralbegriff „Revolution" jedoch oft genug eine die ideologischen Differenzen überbrückende Kraft.

2 Der Freiheitsbegriff als politisches Fahnenwort

„Freiheit, die ich meine"

„Freiheit" kann – nicht erst seit der Adaption der zentralen Losung der Französischen Revolution – als eins der Urleitbilder der politischen und sozialen Entwicklung im Deutschland des 19. Jahrhunderts gewertet werden. Bereits die Amerikanische Revolution hatte ihre – zunächst noch schwachen – Auswirkungen auf das politische Denken in Deutschland. Aber auch diese Revolution war – abgesehen von den spezifischen handelspolitischen und militärischen Zielen im Unabhängigkeitskrieg – eingebettet in den weiteren Zusammenhang der europäischen Aufklärungsdiskurse. Die amerikanische Umsetzung der darin

6 Selbst in der heutigen SPD werden immer wieder einmal – wenn auch gemäßigte – Flügelkämpfe ausgetragen.

entwickelten Ideen und Ideale in die politische Praxis, insbesondere durch die Formulierung von Grundrechten in der Unabhängigkeitserklärung von 1776, wurde dann zum Vorbild für die Französische Revolution. Aber auch die Einrichtung einer Republik mit Gewaltenteilung und freien Wahlen war für die Franzosen vorbildgebend.

Europa, auch Deutschland, war sehr wohl, auf passive wie aktive Weise, von den Ereignissen in Nordamerika tangiert. Passiv durch den Soldatenhandel, durch den zahlreiche Deutsche von ihren Fürsten, allen voran von Hessen-Kassel, als Söldner auf britischer Seite in die Kämpfe gegen die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung geworfen wurden. Aktiv durch viele Militärs, nicht zuletzt Preußen, die sich der Sache der Amerikaner zur Verfügung stellten und dabei auch wichtige Positionen in der Kontinentalarmee einnehmen konnten. Der Prominenteste war der preußische Offizier Friedrich Wilhelm von Steuben (1730–94), der als Generalinspekteur der amerikanischen Armee entscheidend zum Sieg im Unabhängigkeitskrieg beitrug. Unter der Hand, mit stillem Einverständnis Friedrichs II., stellte Preußen den Amerikanern sogar Waffen zur Verfügung.

Die bedeutendste personelle Verbindung zwischen den amerikanischen und französischen Ideen stellte zweifellos der Franzose Marie-Joseph Motier, Marquis de La Fayette (1757–1834) dar. Auch er kämpfte als General auf amerikanischer Seite, wurde dann aber, 1789, Mitglied der französischen Generalstände und legte den ersten Entwurf der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vor, den er zusammen mit dem amerikanischen Politiker Thomas Jefferson (1749–1826), zeitweilig Diplomat in Paris, erarbeitet hatte.

Die deutschen Reaktionen auf die umwälzenden Entwicklungen in Nordamerika waren zunächst gespalten. Der Göttinger Historiker und bedeutende Publizist August Ludwig Schlözer (1735–1809) etwa stellte sich in der Auseinandersetzung der nordamerikanischen Kolonien mit England trotz seiner sonst vertretenen Forderung nach politischer Partizipation des Volkes auf die britische Seite.

Die Nachrichten über die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 und darin insbesondere die Feststellung, dass „Life, Liberty and the pursuit of Happiness" zu den „unveräußerlichen [Menschen-]Rechten" zu zählen haben, weckten dagegen bei vielen begeisterte Zustimmung. Bereits am 5. Juli 1776 veröffentlichte der „Pennsylvanische Staatsbote" in Philadelphia die erste deutsche Übersetzung, in der das Original mit „Leben, Freyheit und das Bestreben nach Glückseligkeit" wiedergegeben wird. Und bereits sieben Wochen später, am 24. August, war auch in Deutschland selbst der Text der Unabhängigkeitserklärung erstmals in einer Zeitung zu lesen.

Auf welche allgemeinere Disposition insbesondere der Begriff der Freiheit traf, lässt sich exemplarisch an Bekundungen des Dichters und Journalisten Christian Friedrich Daniel Schubart (1739–91) nachweisen. Seiner antiabsolutistischen und sozialkritischen Äußerungen wegen wurde Schubart 1777 sogar für zehn Jahre im Kerker der Festung Asperg inhaftiert. Schon zum Ausbruch des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs 1775 dichtete er sein „Freiheitslied eines Kolonisten“[7], in dem er seine Opposition gegen den Absolutismus eindeutig zum Ausdruck bringt. Konkret eifert er, durch den Mund eines deutschen Siedlers in Amerika, gegen den „gier'gen Britten“, die englische Kolonialmacht, und gegen den Soldatenhandel der Fürsten. In der zweiten Strophe heißt es:

Die Göttin Freiheit mit der Fahn'
(der Sklave sah sie nie),
Geht, Brüder, seht! Sie geht voran!
O blutet für sie!

Allgemein bekannt wurde dieser Text durch seinen Abdruck in Schubarts Zeitschrift „Teutsche Chronik“ Nr. 64, 1775.

Mehr als ein Jahrzehnt vor der Französischen Revolution und vor ernsthaften Bestrebungen, aus ihr auch für die deutschen Verhältnisse konkrete Konsequenzen zu ziehen, tritt mithin „Freiheit“ in Deutschland als politisches Fahnenwort auf, das sich auf die Staats- und Regierungsform bezieht, während ein älteres Verständnis unter politischer Freiheit unter anderem die „Freiheit des Staates“, seine Unabhängigkeit gegenüber anderen Staaten meinte. Vom Anspruch der Restaurationstheorie Karl Ludwig von Hallers abgesehen, dass es naturrechtlich begründet ein soziales Oben und Unten von Mächtigeren und Schwächeren geben müsse und dabei den Schwächeren Abhängigkeit und „Dienstbarkeit“, den Mächtigeren aber und nur diesen „Freyheit“ zukomme, sei hier noch abgesehen (Teil 2, 1.3).

Doch überschneidet sich die neue politische Bedeutung auch zeitgenössisch mit einem noch nicht im engeren Sinne politischen Aufbegehren gegen gesellschaftliche Konventionen und Einschränkungen des individuellen Lebens. Weniger direkt als bei Schubart, gleichwohl von ähnlich gestimmter Kritik an den Zwängen der herrschenden sozialen Ordnung, war die zeitgenössische literarische Epoche, der Schubart selbst verbunden war: der „Sturm und Drang“ (ca. 1765–85). Der Epochenname verdankt sich dem Titel eines Dramas Friedrich

7 Schubart, Christian Friedrich Daniel (o.J.): Gedichte. Leipzig: 193 f.

Maximilian Klingers von 1776[8], das kaum zufällig in Amerika als einem Land spielt, in dem sich (deutsche) „Originalgenies", von europäischen Konventionen befreit, ihren Gefühlswallungen hingeben können – auch dies freilich eine Wirkung der Aufklärungsideen von „Freiheit", die als Anspruch auf individuelle Selbstbestimmung bis in die Gegenwart reichen.

Durch die Französische Revolution hat die Attraktivität von „Freiheit" als allgemeines, oft verschiedene Zukunftshoffnungen integrierendes Fahnenwort in Deutschland zunächst eine neue, außergewöhnliche Schubkraft erhalten. Auch in der zentralen französischen Losung „liberté – egalité – fraternité" stand ja „Freiheit" an erster Stelle. Während die revolutionäre Begriffstrias als ganze in Deutschland keineswegs uneingeschränkt weitergalt, kam „Freiheit" eine bis weit ins 20. Jahrhundert wirkende Bedeutung zu, nicht zuletzt im Kalten Krieg als Kampfbegriff gegen den Kommunismus, aber auch bei genereller Abgrenzung gegen jede Form von Sozialismus.[9]

Schon sehr früh hatte kein Geringerer als Friedrich Gottlieb Klopstock (1724–1803) in zahlreichen Gedichten die Franzosen ob ihres Freiheitswillens bewundert, beispielsweise in der 1790 geschriebenen Elegie „Sie, und nicht wir"[10]:

> Ach du warest es nicht, mein Vaterland, das der Freyheit
> Gipfel erstieg, Beyspiel strahlte den Völkern umher:
> Frankreich war's! ...

Klopstock war denn auch einer der ersten, denen die Französische Republik 1792 per Gesetz die Würde eines französischen „citoyen", also gleichsam eine zweite Staatsbürgerschaft verlieh. Auch Friedrich Schiller wurde diese Ehrung zuteil. Eindruck hatte nicht zuletzt eine Pariser Aufführung seiner „Räuber" gemacht, auch war der Appell des Marquis Posa an König Philipp im „Don Karlos" von 1787 „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!" ein deutliches Zeugnis seiner politischen Haltung gewesen. Auch der Philosoph Johann Gottlieb Fichte (1762–1814) reihte sich 1793 mit seiner Schrift „Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europens, die sie unterdrückten" und weiteren Veröffentlichungen zunächst in die Schar der Bewunderer der Französischen Revolution.

---

8 Klinger hatte seinem Drama ursprünglich den Titel „Wirrwarr" geben wollen.

9 Man denke an bundesdeutsche Wahlkampfparolen wie „Freiheit statt Sozialismus".

10 Klopstock, Friedrich Gottlieb (1994): Oden. Stuttgart: 112 f.

Zahlreiche Deutsche, die man „Pilger der Freiheit" nannte, zog es nach Paris, wo sie die neue republikanische Ordnung erleben wollten, darunter der Schriftsteller Georg Forster (1754–94). Wie andere auch vertrat Forster in Deutschland sogar die radikalen Ideen der französischen „Jakobiner", der Anhänger von Robespierre. Es entstanden etliche deutsche Jakobinerclubs, die am stärksten in Südwestdeutschland vertreten waren. Bei allen Differenzen im Einzelnen waren sich die deutschen Clubs einig in der Forderung, die Fürstenherrschaft abzuschaffen. Einen kurzlebigen politischen Erfolg hatten die Mainzer Jakobiner unter Führung von Georg Forster, aber auch unter dem Druck der französischen Besatzungsmacht, als sie 1793 die erste Republik auf deutschem Boden, die „Mainzer Republik", ausriefen.

Bis in den Vormärz hinein ließen sich aufs Ganze gesehen dank eines relativ abstrakten Freiheitsbegriffs und damit eines politisch mehr oder weniger unbestimmten „Liberalismus" kaum Unterschiede zu anderen politischen, insbesondere „demokratischen" Akzentuierungen des französischen Vorbilds erkennen. Im engeren Sinne revolutionäre Ambitionen, gar Handlungen waren mehr oder weniger die Ausnahme. Große Teile der deutschen Freiheitsbewegung wollten zwar liberal sein, gaben aber zunächst Reformen den Vorzug.

Wie allgemein, zwischen Pathos und Naturromantik schwankend, der Begriff der Freiheit aufgefasst werden konnte, geht aus dem vielgesungenen Lied Max von Schenkendorfs „Freiheit, die ich meine"[11] aus dem Jahre 1813 hervor. Die letzte, fünfte Strophe versäumt indes nicht, eine besondere Beziehung zwischen „Freiheit" und „deutscher Art" herzustellen:

> Freiheit, die ich meine,
> die mein Herz erfüllt,
> komm mit deinem Scheine,
> süßes Engelsbild!
> Freiheit, holdes Wesen,
> gläubig, kühn und zart,
> hast ja lang' erlesen
> dir die deutsche Art.

Die unterschiedlichen Akzentuierungen von „Freiheit", politische Orientierung einerseits und individuelle Ansprüche andererseits, durchziehen – nie ganz

11 In zahlreichen Liederbüchern, u.a. in: Böhme, Franz Magnus (Hrsg.) (1895): Volksthümliche Lieder der Deutschen. Leipzig: 95 f.

konfliktfrei – die weitere Geschichte. Neben dem politischen Zielbegriff reklamieren selbst politisch denkende Autoren für sich nicht zuletzt die Ungebundenheit des Individuums, wie es sich, wiederum exemplarisch, an zwei Autoren nachweisen lässt. Der wahrlich nicht unpolitische Ferdinand Freiligrath (1810–76) verkündete 1844 seine Haltung im Vorwort seiner Sammlung von Zeitgedichten „Ein Glaubensbekenntniß": „Kein Leben mehr für mich ohne Freiheit!" Und weit über jede konkrete Revolutionserwartung hinaus erhoffte sich Heinrich Heine (1797–1856) nichts weniger als sein individuelles „volles Freiheitsrecht".

Die verschiedenen Akzentuierungen des Freiheitsverständnisses können freilich nicht ohne weiteres gegeneinander ausgespielt werden. Dessen Bandbreite verdankt sich bereits der Geschichte einer ausgedehnten philosophischen Diskussion des Begriffs, die weit hinter die Französische Revolution zurückreicht. Auch die politisch praktischen Folgerungen selbst in den im 19. Jahrhundert entstehenden Parteien, die sich als Freunde der Freiheit, als „liberal" verstanden, schlossen die Ansprüche des Individuums stets ein. Konflikte konnten, ja mussten immer dann auftreten, wenn die individuellen Freiheitsrechte auf Kollektivierungen trafen, die forderten, dass Individuen eine homogene Gruppe bilden sollten. Das beginnt schon mit der zu Beginn der Freiheitsbewegung proklamierten Kollektivierung des Deutschen schlechthin, so sehr sie aus historischen wie politischen Gründen auch nachvollziehbar war. Die vorerst stärkste kollektivistische Vereinnahmung der Individuen wird dann allerdings die marxistische Vorstellung von homogenen „Klassen" ergeben. Dass irgendwann, in einer klassenlosen Gesellschaft, die „freie Entwicklung eines Jeden" möglich werde, war natürlich Utopie pur (Teil 2, 7.2). Den vorläufigen Endpunkt der Unterdrückung des Individuums zu Gunsten eines Großkollektivs stellte die totalitär gelenkte „Volksgemeinschaft" unseligen Angedenkens dar: „Du bist nichts, dein Volk ist alles!" – eine Parole, die bereits die HJ zu verinnerlichen hatte.

Unter den Schriften, die einen programmatischen Anspruch im Sinne des zeitgenössischen Liberalismus erheben konnten, müssen die des aus Lausanne stammenden, in der französischen Politik mehrfach aktiven Autors Benjamin Constant (1767–1830) genannt werden. Nach anfänglicher Begeisterung für die Französische Revolution wandte er sich schon bald gegen den Fanatismus der Jakobiner und stellte sich Napoleon zur Verfügung, publizierte aber 1814 in Hannover eine Streitschrift gegen ihn: „De l'esprit de conquête et de l'ursupation" („Vom Geist der Eroberung und der widerrechtlichen Machtergreifung"). In weiteren Werken, etwa in „Principes de politic" („Prinzipien der Politik"), warnt er indes auch vor dem Irrglauben, dass Demokratie allein Tyrannei verhindern

könne. Er tritt selbstverständlich für die Freiheit des Individuums ein und plädiert für Privateigentum und wirtschaftliche Freiheit. Constant kann schon durch seine persönliche Positionierung als einer der Kronzeugen für die bei der Mehrheit der Liberalen lange Zeit geltende Grundüberzeugung gelten, dass der menschliche Fortschritt nicht durch Revolutionen, sondern durch geduldiges Vertrauen in evolutionäre Kräfte gewonnen werden könne.

So sehr man indes auf der politischen Ebene des 19. Jahrhunderts nach einer fest abgrenzbaren Ideologie des „Liberalismus" fahndet, so oft trifft man auch auf den Dissens zwischen verschiedenen Richtungen. Die Geschichte der parteiorganisierten Liberalen ist eine Geschichte von Spaltungen (Teil 2, 9). Unter der Fahne der „Freiheit" konnten sich schon anfangs sehr verschiedene Kräfte versammeln. Eine gewisse, aber ebenfalls noch auslegungsbedürftige Einigung darüber, was „liberal" sei, kam erst gegen Ende des Vormärz zustande, als der republikanisch gesinnte Flügel der Opposition das Fahnenwort „demokratisch" für sich beanspruchte und sich damit von den bisherigen Kampfgefährten trennte, die nun allein das Attribut „liberal" vertreten mussten.

Angesichts des lange Zeit mehr oder weniger vagen Gebrauchs des Fahnenworts „Freiheit" nimmt es kaum wunder, wenn selbst in der Opposition gegen die etablierte Ordnung Zweifel an der Berechtigung von „liberal" als eines ernsthaften Schlüsselbegriffs artikuliert werden konnten. 1834 veröffentlichte etwa Ludolf Wienbarg unter dem Titel „Ästhetische Feldzüge. Dem jungen Deutschland gewidmet" 24 Vorlesungen, die er als Dozent in Kiel gehalten hatte. Darin opponiert er insgesamt gegen das als überlebt gewertete „altdeutsche" Geistes- und Gesellschaftsleben. Womöglich denjenigen überraschend, der von einem Vertreter des vom Deutschen Bund verfolgten „Jungen Deutschland" eine eindeutige politische Frontstellung erwartet hätte, verwahrt sich Wienbarg schon in der Einleitung zu seinen Vorlesungen aber auch gegen die zu seiner Zeit bereits gängige Unterscheidung von „liberal" und „illiberal":

> Mit dem Schilde der Liberalität ausgerüstet sind jetzt die meisten Schriftsteller, die für das alte [!] Deutschland schreiben, sei es für das adlige, oder für das gelehrte, oder für das philiströse …

1840 nimmt Hoffmann von Fallersleben in einem seiner Gedichte mit dem Titel „Die liberalen Modegecken" (Teil 2, 3.7) auch ein leeres Freiheitsgeschrei ironisch aufs Korn, da er bei allzu vielen angeblichen Freiheitsfreunden eher ein Interesse an Modefragen entdeckt. „Liberal" als Kennzeichnung von Freiheitsliebe wie auch der Ruf nach „Freiheit" selbst standen mithin schon im Vormärz

im Verdacht, als bloße Schlagwörter missbraucht zu werden. Das hinderte aber überzeugte Liberale nicht, ihr Leitbild gegen illiberale Ausdeutungen des Wunsches nach nationaler Einheit ins Feld zu führen, wie noch an Stimmen aus dem Reichstag des Norddeutschen Bundes gezeigt werden soll.

3 Die nationalistische Verengung des Freiheitsbegriffs

„Wo jeder Franzmann heißet Feind"

Die deutsche Begeisterung für das Vorbild Frankreich erfuhr allerdings schon früh zwei herbe Dämpfer. Zum einen durch die revolutionären Exzesse, mit der Robespierre in Paris 1793/94 eine Schreckensherrschaft aufgerichtet hatte mit Guillotinierungen nicht nur zahlreicher Repräsentanten des Ancien Régime, darunter des Königs Ludwig XVI. und seiner Gemahlin Marie Antoinette, sondern auch von prominenten Mitstreitern der Revolution wie Georges Jacques Danton. Damit wurde in Deutschland sehr viel Sympathie für die Franzosen verspielt. Schließlich endete aber auch Robespierre 1794 unter dem Fallbeil.

Zum anderen enttäuschte Frankreich die deutschen Bewunderer durch seine Abkehr vom republikanischen Ideal hin zu einer neuen Monarchie unter Napoleon (I.), der sich als erfolgreicher Feldherr 1799 zum diktatorisch regierenden Ersten Konsul aufschwang und 1804 selbst zum Kaiser krönte. Napoleons Kampf gegen die übrigen europäischen Mächte war tatsächlich nur noch bedingt vom Wunsch der Revolutionsanfänge bestimmt, die freiheitlichen Ideen möglichst in ganz Europa zu verbreiten. Bei den Deutschen wie bei anderen betroffenen Völkern rückte jenes französische Expansionsstreben, das sich bereits in früheren Eroberungskriegen Frankreichs manifestiert hatte, ins Zentrum kritischer bis ablehnender Haltungen.

Das Bestreben, auch in den deutschen Territorien das Prinzip politischer Freiheit und eine demokratisch-republikanische Ordnung durchzusetzen, erhielt durch diese Expansionspolitik eine für die weitere deutsch-französische Geschichte problematische Einengung. „Freiheit" wurde sehr bald auch als Befreiung von französischer Besatzung und kultureller Dominanz verstanden, und man definierte die Kämpfe von 1813–15, mit denen die Franzosen wieder aus Deutschland verdrängt wurden, als Befreiungs-, gar als „Freiheitskriege".

Fichte ist einer der prominentesten Zeitgenossen, die von einer Zustimmung zur Französischen Revolution zu einer entschieden antifranzösischen Position wechselten, dies allerdings nicht zuletzt auch unter seinen Erfahrungen mit der

französischen Besatzungsmacht. Seine öffentlichen „Reden an die deutsche Nation", im Winter 1807/08 im französisch besetzten Berlin gehalten und 1808 im Druck erschienen[12], enthalten sich zwar – unter französischer Kontrolle verständlich – direkter Angriffe auf die Franzosen, doch waren Hinweise auf eine „Sklaverei", teils abstrakt formuliert, teils hinter einem historischen Rückgriff versteckt, für das zeitgenössische Publikum deutlich genug, so in der 8. Rede:

> Wo ist Sklaverei außer in der Nichtachtung, und der Unterdrückung eines ursprünglichen Volkes ...
> Sklaverei hießen ihnen [den Germanen] alle jene Segnungen, die ihnen die Römer eintrugen, weil sie dabei etwas anderes, denn Deutsche, weil sie halbe Römer werden müßten.

Fichtes philosophische und historische Herleitung eines spezifisch deutschen Nationsbegriffs – er spricht mehrfach auch von „Deutschheit" – sowie in ihren pädagogischen Folgerungen für eine „neue Nationalerziehung" lassen im Übrigen keinen Zweifel an seiner Überzeugung, dass die Deutschen gegenüber den anderen „neueuropäischen Nationen" eine einzigartige Stellung einnähmen. Hier wird eine der Wurzeln für eine Deutschtumsideologie erkennbar, die noch und gerade nach 1918 ihre unselige Rolle spielen wird. Und Fichte gibt dabei auch seine Sympathie für eine republikanische Verfassung zu erkennen, etwa in der 7. Rede:

> Die Deutsche Nation ist die einzige unter den Neu-Europäischen Nationen, die es in ihrem Bürgerstand schon seit Jahrhunderten durch die That gezeigt hat, daß sie eine Republikanische Verfassung zu ertragen vermöge.

Ein Jahr später, 1809, verfasste Heinrich von Kleist – bewusst an eine für beide Kirchen wichtige und inhaltlich maßgebliche Textsorte anknüpfend – seinen nationalistischen „Katechismus der Deutschen"[13], dessen 4. Kapitel „Vom Erzfeind" überschrieben ist. Darin beginnt der Dialog zwischen einem Vater und seinem Sohn wie folgt:

> Vater: Wer sind deine Feinde, mein Sohn?
> Sohn: Napoleon, und solange er ihr Kaiser ist, die Franzosen.
> Vater: Ist sonst niemand, den du hassest?
> Sohn: Niemand, auf der ganzen Welt.

---

12 Fichte (2008)

13 Kleist, Heinrich von (1978): Werke und Briefe in vier Bänden. Bd. 3. Berlin/Weimar: 389–401.

böhlau

AUCH ALS eBOOK!

HORST DIETER SCHLOSSER

SPRACHE UNTERM HAKENKREUZ

EINE ANDERE GESCHICHTE DES NATIONALSOZIALISMUS

Diktatorische Herrschaft beruht in erster Linie auf physischer Gewalt. Sie nutzt aber auch sprachliche Mittel, um ihren Machtanspruch durchzusetzen und zu etablieren. Die NS-Diktatur ist in dieser Hinsicht ein besonders eindrückliches Beispiel. Das neue Buch des Sprachwissenschaftlers Horst Dieter Schlosser widmet sich der „Sprache unterm Hakenkreuz“ und ihren Mechanismen zur Machterhaltung. Er arbeitet insbesondere das Wechselspiel zwischen sprachlicher Diskriminierung und Vernichtung von tatsächlichen und mutmaßlichen Gegnern des Regimes heraus und stellt auch die Positionen des Widerstands gegen das Regime umfassend dar.
Schlossers Analyse bietet eine profunde Basis zum Verständnis der Massenwirksamkeit von Propaganda und eine Grundlage, ihr mit sprachlichen Mitteln zu begegnen.

2013. 424 S. GB. 155 X 230 MM
ISBN 978-3-412-21023-6 [BUCH] | ISBN 978-3-412-21654-2 [E-READER]

BÖHLAU VERLAG, URSULAPLATZ 1, D-50668 KÖLN, T:+49 221 913 90-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR

böhlau

JOST HERMAND

VERLORENE ILLUSIONEN

EINE GESCHICHTE DES
DEUTSCHEN NATIONALISMUS

Der Begriff „Nationalismus" hat im deutschsprachigen Bereich Zentraleuropas seit dem Humanismus des frühen 16. Jahrhunderts bis zur heutigen Berliner Republik höchst dramatische Wandlungen erlebt. Aufgrund der ständig wechselnden realpolitischen Voraussetzungen wurde dabei von den jeweils Herrschenden im Hinblick auf die Bevölkerung dieses Territoriums nicht nur von einer Reichsnation gesprochen, sondern auch Begriffe wie Kulturnation, Kriegsnation, Wirtschaftsnation sowie Staatsbürgernation verwendet. Wie viele Illusionen damit verbunden waren, stellt Jost Hermand in diesem Buch dar.

2012. 390 S. 40 S/W- U. 26 FARB. ABB. GB. MIT SU | ISBN 978-3-412-20854-7

BÖHLAU VERLAG, URSULAPLATZ 1, D-50668 KÖLN, T:+49 221 913 90-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR

Der große Einfluss von Sprache auf politische und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse wird in historischen Analysen häufig unterschätzt. Hier setzt das neue Buch von Horst Dieter Schlosser an. Der renommierte Sprachforscher zeichnet an einer Vielzahl von konkreten Beispielen die verschiedenen Wirkmechanismen von Worten und Sprachbildern im 19. Jahrhundert nach. Von der unkritischen Vereinnahmung bis zur kritischen Reflexion, von identitätsstiftend bis rassenideologisch-abgrenzend, von »Einheit« über »Nation« und »Volk« bis »Freiheit«: Schlossers Analyse schließt eine Lücke in der historisch-politischen Geschichtsschreibung und veranschaulicht, wie die bewusstseins- und realitätsbildende Macht der Worte sogar bis in die Gegenwart wirkt.

Ein Buch für alle, die die Geschichte des 19. Jahrhunderts anders lesen, verstehen und reflektieren möchten.

9 783412 505578

ISBN 978-3-412-50557-8 | WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM